

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
48. Plenarsitzung, Mittwoch, 24. Januar 2018

Aktuelle Debatte
„Tötungsdelikt in Kandel“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

24.01.2018

Anrede,

Mia, fünfzehn Jahre, wurde niedergestochen. Von ihrem Ex-Freund, der ihre Entscheidung der Trennung nicht akzeptierte. Das **Leid von Mias Familie** können wir allenfalls nur erahnen. Ihnen und allen Trauernden in und um Kandel gilt an allererster Stelle unser ganzes **Mitgefühl**. Wir nehmen heute hier im Landtag menschlich Anteil - und sind als **Politiker** zugleich in eine Funktion gestellt, in der wir die Aufgabe haben:

- sorgfältig **hinzuschauen**,
- zu **prüfen**,
- nach **Antworten** zu suchen, die von unserem Gemeinwesen zu Recht erwartet werden.

Das kann nur gelingen, wenn wir **unterscheiden**:

- zwischen Fakten und **Behauptungen**,
- zwischen Wissen und **Unterstellungen**,
- zwischen Aufklären und **Spalten**.

Als verantwortungsvolle Politiker dürfen wir **nicht einfachen Stimmungen** nachgeben, schon gar nicht sie in eine Richtung anheizen. Abstoßend, was aber **AfD** und ihre Jugendorganisation nach Kandel an **Hassparolen** aufgeboten haben. Sie **instrumentalisieren** den brutalen Mord für ihre politischen Zwecke. Sie stoßen **Drohungen** gegen Andersdenkende in den sozialen Netzwerken aus. Und das bleibt **nicht ohne Folgen**.

Anrede,

Hass wird angeheizt, sodass die Integrationsministerin Spiegel nun **Personenschutz** erhalten muss.

Frau Spiegel, auf Ihnen lastet ein gewaltiger **Druck**. Auch wenn wir in Sachfragen oft unterschiedlicher Meinung sind, hier sind wir **solidarisch** an Ihrer Seite. Damit wir uns richtig verstehen: **Keine Kränkung, keine kulturelle Prägung, kein noch so patriarchalisches Frauenbild rechtfertigen den Mord, den der Afghane begangen hat**. Und die Gründe, warum es zu Übergriffen auf Frauen

kommt, müssen wir schonungslos benennen - auch das **Frauenbild von Fundamentalisten**, von Islamisten, das wir hier nicht dulden dürfen. Aber genauso wenig rechtfertigt das Geschehene das **hetzerische** Vorgehen der AfD, um die Gesellschaft aufzuputschen und zu spalten.

Anrede,

es gibt Situationen und Taten im Leben, die sind so **nicht vorhersehbar**. Die kann keine Behörde, kein Gesetz bis **ins letzte Detail** verhindern. Aber die Landespolitik muss sich ändern, wenn die **kommunale Ebene überfordert ist**. Wenn wir über Handlungsbedarf reden, dann muss das **dennoch mit einem Mindestmaß an Anstand und mit Respekt diskutiert werden**. Und das ist das Gegenteil von dem, was die AfD tut.

Im Zusammenhang mit Kandel ist viel über den **Umgang mit echten oder angeblichen Minderjährigen unter den Asylbewerbern** gesprochen worden. Und genau da möchte ich ansetzen:

- Es sind viele zu betreuende, unbegleitete jugendliche Flüchtlinge ins Land gekommen.
- **Es besteht für die kommunalen Jugendämter eine schwierige Situation.**
- Es fehlen ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen.
- Viele Mitarbeiter in Verwaltungen, auf unterschiedlichen Ebenen, sind verunsichert. Sie erhalten unterschiedliche, widersprüchliche Signale aus den Ministerien der Landesregierung.

Anrede,

kommunale Jugendämter müssen besser unterstützt und entlastet werden. Hier steht die Landesregierung in der Verantwortung, und sie kann und darf diese **Verantwortung nicht an die Kommunen delegieren**. Wir Christdemokraten sind für eine **einheitliche Handhabung** bei der Altersfeststellung.

Das Alter der Einreisenden kann nicht länger in den einzelnen Jugendämtern bestimmt werden. Wir sollten uns dabei am **saarländischen Modell orientieren**. Im Saarland werden seit 2016 alle einreisenden Jugendlichen in einer **Vorclearingstelle** untergebracht. Erst wenn nach ausführlichem Prüfverfahren feststeht, dass sie tatsächlich minderjährig sind, werden sie durch die Kinder- und Jugendhilfe betreut.

Beim saarländischen Prüfverfahren wird die medizinische Altersfeststellung nicht optional, sondern **in Zweifelsfällen unbedingt angewandt**. Im Saarland wurden seit 2016 nach radiologischen Untersuchungen **35 Prozent der angeblich Minderjährigen als volljährig eingestuft**. Teilweise sind sie Mitte zwanzig! Diese Untersuchung stellt sicher, dass die personal- und kostenintensive Betreuung **nur wirklich Schutzbedürftigen** zukommt. Das ist richtig, wichtig und sachgerecht.

Auch gegenüber unseren Bürgern ist der Staat in der Pflicht, **verlässliche Personendaten zu ermitteln**. Das ist wichtig:

- Für die Entscheidung, in welche **Einrichtung** jemand untergebracht wird – für Kinder und Jugendliche oder für Erwachsene?
- In welche Klasse geht er, und trifft er auf **Gleichaltrige** oder viel jüngere?
- Und es ist wichtig, wenn über das **Strafmaß** bei Vergehen entschieden wird.

Es wird in der Altersfrage zu viel gelogen. Beispiel **Hamburg**: Die Hälfte der in den vergangenen zwölf Monaten untersuchten Personen, sind älter als behauptet. (*Die ZEIT*, 4. Jan. 2018)

Anrede,

diese Zahlen unterstreichen, wie groß der **Handlungsbedarf** hier ist. Auch in **Rheinland-Pfalz müssen wir genauer hinschauen**: Hier finden **praktisch kaum medizinische Tests** zur Altersfeststellung statt, hier wird weitgehend auf ein solches Verfahren verzichtet. Begründung: Das **sei ohnehin verlässlich nicht möglich**. **Und nun**: Die Landesregierung will erst mal evaluieren, ihr fehlt ein Überblick.

Flüchtlinge haben ein Recht auf unsere Hilfe. Migranten, die falsche Geburtsdaten angeben, um Vorteile zu haben, dürfen aber nicht noch belohnt werden und ins System der Jugendhilfe gelangen. Am Ende setzt das die Akzeptanz aller aufs Spiel - und den Zusammenhalt. Denn eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir sollten allem begegnen, was diesen gefährdet. **Mit Anstand und Respekt, mit Besonnenheit und Verantwortung**.

Wichtig ist mir auch: Wir brauchen eine wesentlich engmaschigere Betreuung von jugendlichen Flüchtlingen, spezielle Angebote neben der Jugendhilfe, in denen es um **interkulturelle Kompetenz** geht. Dabei müssen wir das **islamische Familienbild**, besonders die Situation von Frauen, viel stärker als bisher in den Blick nehmen.

- Viele Flüchtlinge kommen aus Regionen und Ländern, in denen ein völlig anderes Werte- und Normensystem gilt, Frauen praktisch ohne Rechte sind.
- Wo Kinder von klein auf mit einem verächtlichen, inhumanen, ja deformierten Frauenbild großgezogen werden, an dem falsche Ehrbegriffe kleben.
- Wo körperliche Gewalt - auch gegenüber Männern, vor allem aber gegenüber Frauen kulturell akzeptiert wird.

Vielen Gewalttaten in Deutschland liegt diese Frauenbild zugrunde und nichts, auch **nicht die Herkunft aus einem anderen Kulturkreis rechtfertigt, diese Vorstellungen, diese gewalttätigen Gewohnheiten hier auszuleben!**

Anrede,

für die Zukunft unserer Demokratie in Freiheit und Toleranz ist eine Politik wichtig, die auf Zusammenhalt setzt. **Nicht auf weitere Polarisierung.** Hier spielt die Flüchtlingspolitik eine zentrale Rolle. Bürgerinnen und Bürger müssen sich durch Gesetze und Regeln sowie durch deren Anwendung beschützt fühlen.

Genauso kommt es darauf an, dass niemand, keine Frau, kein jüdischer Mitbürger, kein Ehrenamtlicher, kein Journalist im öffentlichen Raum Gewalt fürchten muss. Sich dem entgegenzustellen, ist Aufgabe von jedem von uns.

Zitate AfD

- *„Und wieder musste ein deutsches Kind sein Leben verlieren, weil Politiker ihre falsche, verlogene "Nächstenliebe" für die Fernsten ausleben“. (Junge Alternative)*
- *„Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden!“ (Junge)*
- *„Der Fall zeigt wieder einmal, dass die Behörden nichts unter Kontrolle haben. Die katastrophale Kombination aus offenen Grenzen und Behördenversagen ist tödlich für unsere Gesellschaft.“ (Gauland)*